

# Immer mehr Menschen nutzen eID

**[11.07.2024] In allen Bevölkerungsgruppen nutzen immer mehr Menschen die eID des Personalausweises. Das geht aus einer Vorabveröffentlichung des eGovernment Monitors 2024 hervor, bei der insbesondere die Nutzung und Akzeptanz staatlicher digitaler Identitäten ermittelt wurden.**

Bereits seit mehr als zehn Jahren verfügt der Personalausweis über eine Onlinefunktion. Genutzt wurde diese bisher jedoch von den Wenigsten. Wie nun aus einer Vorabveröffentlichung zum diesjährigen [eGovernment Monitor](#) – einer Studie der [Initiative D21](#) und der [Technischen Universität München](#) – hervorgeht, ist die Verbreitung der eID in der Bevölkerung auch 2024 mit lediglich 22 Prozent noch gering (2023: 14 Prozent, 2022: zehn Prozent). Allerdings bedeute das Plus um acht Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr, dass sich erstmals über alle Bevölkerungsgruppen hinweg ein substantieller Anstieg an Nutzenden verzeichnen lasse, heißt es in einer Pressemeldung der Initiative D21. Vor allem in den jüngeren Generationen sei der Anstieg mit zwölf Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr bemerkenswert.

## Nutzungshürden abgebaut

Wie aus dem eGovernment Monitor 2024 weiter hervorgeht, konnten im Vergleich zu den Vorjahren auch Nutzungshürden abgebaut werden: So geben immer weniger Befragte an, dass es keine Anwendungsfälle für die eID gebe oder sie für sich persönlich keinen Nutzen in der eID sehen. Allerdings stellt die Notwendigkeit, sich online auszuweisen, für 52 Prozent der für den eGovernment Monitor Befragten immer noch eine zentrale Hürde bei der Nutzung von E-Government-Angeboten dar. Über alle betrachteten Verwaltungsleistungen hinweg erklärten 24 Prozent, schon einmal die digitale Abwicklung einer Verwaltungsleistung abgebrochen zu haben, weil sie sich online ausweisen mussten.

Dabei fällt die eID als staatliche digitale Identifizierungsmöglichkeit eigentlich auf fruchtbaren Boden – so lange der Onlineausweis möglichst einfach zu nutzen ist und einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger darstellt. Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (55 Prozent) würde es beispielsweise (sehr) gut finden, wenn sie sich zukünftig überall mit ihrem Personalausweis auf dem Smartphone ausweisen könnten.

„Der deutliche Aufwärtstrend bei der Nutzung des Onlineausweises hält an“, fasst Ernst Bürger, Abteilungsleiter Digitale Verwaltung, Steuerung OZG beim Bundesministerium des Innern und für Heimat, zusammen. Es gelte nun, die Mehrwerte der eID noch mehr zu verdeutlichen, denn die Bekanntheit der Dienste sei ein essenzieller Faktor für eine hohe Nutzung. „Hier ist noch Luft nach oben“, so Bürger weiter. „Durch die Ergebnisse wird zudem deutlich, dass die Umsetzung der nationalen EUDI-Wallet eine Maßnahme ist, die auf große Nachfrage trifft, denn ein Großteil der Befragten möchte sich künftig einheitlich mit dem Smartphone ausweisen können. Das sind gute Entwicklungen, die zeigen, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden und die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger treffen.“

## Jetzt nicht nachlassen

„Um das Ziel eines modernen und digitalen Staates zu erreichen, ist die Akzeptanz und Nutzung des Onlineausweises von zentraler Bedeutung“, betont auch Sandy Jahn, Referentin Strategic Insights & Analytics bei der Initiative D21. „Eine Investition in diese zentrale Infrastruktur ist auch eine Investition in die Leistungsfähigkeit des Staates.“

„Beim Thema eID darf nicht gespart werden“, pflichtet Helmut Krcmar, Leiter des [KrcmarLab](#) an der TU München bei. „Ein Anstieg der Nutzungszahlen wie in diesem Jahr ist zwar erfreulich, aber ungefähr 20 Prozent an eID-Nutzern ist bei Weitem nicht genug. Jetzt nachzulassen, wäre das falsche Signal. Stattdessen sollten wir die sich langsam aufbauende Welle nutzen, um substantielle Fortschritte zu erzielen und die restlichen 80 Prozent zu erreichen.“

Die immer noch geringe Nutzung der eID liege nicht am Desinteresse der Bürger, sondern an fehlenden Anwendungsfällen in der Verwaltung und Wirtschaft, gibt Christiane Fritsch, Tribe Lead Digital Leadership ING Deutschland und Vizepräsidentin Initiative D21, abschließend zu bedenken: „Ohne Zunahme an Anwendungsfällen bleibt die eID auch die nächsten Jahre unter ihren Möglichkeiten. Es ist höchste Zeit, die eID in allen relevanten Bereichen zur Pflicht zu machen und endlich ihr volles Potenzial auszuschöpfen.“

(bw)

Hier geht es zu den Ergebnissen der Studie

Stichwörter: Digitale Identität, eGovernment Monitor, eID, Initiative D21, Studie